

Mindestlohn-Farce der SPD

SPD will Mindestlohn für Wahlkampf warmhalten

Das Agieren der Sozialdemokraten bezüglich der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland ist inzwischen zu einer politischen Farce geworden. SPD-Politiker in Bund und Land



Alfredo Förster und Diana Golze nahmen mit ca. 200 Brandenburgerinnen und Brandenburgern an der Demonstration am 1. Mai unter dem Motto „Du hast mehr verdiehnt“ teil.

fordern öffentlichkeitswirksam den Mindestlohn, doch wenn es zum parlamentarischen Schwur - spruch zu einer konkreten Abstimmung im Parlament - kommt, knicken sie ein.

So geschehen bei der Abstimmung im Bundestag über den Mindestlohn-Antrag der Fraktion DIE LINKE, als SPD und CDU/CSU den Antrag in den Fachausschuss überwiesen, um ihn dort schmoren zu lassen. So geschehen auch im Landtag Brandenburg, als die SPD-Fraktion geschlossen mit ihrem Koalitionspartner CDU gegen eine Mindestlohn-Initiative der Linkspartei.PDS-Fraktion stimmte. Der Koalitionsvertrag zwingt sie dazu, so die Sozialdemokraten zu ihrem Abstimmungsverhalten. Wenige Tage später reisten Brandenburgs Arbeitsministerin Dagmar Ziegler und SPD-Fraktionschef Günter Baaske nach London, um sich über die Erfahrungen mit dem Mindestlohn in Großbritannien zu informieren. Bei ihrer Rückkehr verkündeten sie: Man brauche vor der Einführung des Mindestlohns keine Angst haben.

Wohl wahr, möchte ich hinzufügen, aber welche

Auswirkungen auf das konkrete politische Handeln hat dieser Erkenntnisgewinn von Frau Ziegler und Herrn Baaske? In der SPD-Bundestagsfraktion haben einige Abgeordnete gegenüber Journalisten durchblicken lassen, dass man gar nicht traurig über den Schwebezustand beim Mindestlohn ist. Auf diese Weise könne man dieses Thema bis zum nächsten Bundestagswahlkampf warm halten und sich dann gegenüber dem Koalitionspartner CDU profilieren. Dass ausgerechnet eine sozialdemokratische Partei den Mindestlohn als politisches Kalkül für künftige Wahlkämpfe missbraucht und somit Lohndumping für mehr als zwei Millionen Beschäftigte absichtlich verlängert, ist politisch unanständig.

Glücklicherweise geht es auch anders; und zwar wenn Beschäftigte engagiert für ihre Belange eintreten. Bei Warnstreiks der IG Metall in der Heidelberger Druckmaschinen AG und im ZF Getriebewerk in Brandenburg an der Havel konnte ich mich davon überzeugen.

Der Kampf um gerechte Löhne war erfolgreich. Arbeitgeber und IG Metall einigten sich im Tarifkonflikt. So erhalten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zunächst 4,1 Prozent mehr Lohn und Gehalt. In einer weiteren Stufe wird der Lohn nach zwölf Monaten nochmals um 1,7 Prozent erhöht. Inzwischen wurde die Einigung, die zunächst für 800.000 Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg ausgehandelt wurde, auch in der Region Berlin-Brandenburg von den Tarifpartnern übernommen. Ein solches Beispiel

macht Mut. Es ist nur folgerichtig, dass auch die Beschäftigten am konjunkturellen Aufschwung partizipieren. Denn auch im Osten Deutschlands muss gelten: „Guter Lohn für gute Arbeit“.

Diana Golze

